

LEBEN NACH DEM SUPER-GAU

EIN BERICHT VON SUSANNE STEFFEN

15 JAHRE NACH DEM REAKTORUNFALL IN FUKUSHIMA SETZT DIE JAPANISCHE REGIERUNG WIEDER AUF ATOMKRAFT. DIE AUFARBEITUNG DER KATASTROPHE MACHEN DERWEIL ANDERE.

Ein milder Wind weht über die Küste von Fukushima, der Pazifik wirkt friedlich. Doch wer in den wieder zugänglichen Teilen der ehemaligen Sperrzone unterwegs ist, auf den leeren Parkplätzen vor einst überfüllten Einkaufszentren, zwischen überwucherten Feldern und neu asphaltierten Straßen, spürt sofort: Die Katastrophe ist nicht vorbei, sie hat nur ihre Gestalt verändert. Aus dem Super-GAU ist eine endlos erscheinende Aufgabe geworden – ein Jahrhundertprojekt aus Beton, Bürokratie und Erinnerung.

Ein Tag, der nicht vergeht

Am 11. März 2011 um 14:46 Uhr Ortszeit bebt die Erde, stärker, als es jede Bauordnung vorgesehen hatte. Minuten später rollt der Tsunami heran, zerstört Dörfer, Häfen, ganze Stadtviertel – und bringt ein Atomkraftwerk, das als unbezwingbar galt, binnen Stunden außer Kontrolle.

Das AKW Fukushima Daiichi verliert den Strom, die Kühlung, schließlich die Steuerbarkeit. Drei Reaktorkerne schmelzen, Gebäude explodieren, Radioaktivität entweicht. Rund 150.000 Menschen müssen ihre Heimat verlassen, oft mit kaum mehr als einer Plastiktüte in der Hand und dem gegebenen Versprechen, bald zurückkehren zu können. Viele tun es bis heute nicht. Andere kommen zurück – und finden eine Landschaft vor, die äußerlich vertraut erscheint, innerlich jedoch eine andere geworden ist.

Roadmap gegen Realität

In den ersten Jahren präsentierte sich der Rückbau als technisches Großprojekt mit klaren Zielen. Innerhalb von zehn Jahren, so die optimistische Roadmap von 2011, sollten die größten Gefahren gebannt, die Brennelemente aus den Lagerbecken geholt und mit der Bergung des geschmolzenen Brennstoffs begonnen sein. Spätestens 2051, heißt es, werde das Gelände faktisch ein «Greenfield» sein – ein Ort, an dem nichts mehr an das Unglück erinnert.

Im Jahr 2026 liest sich das wie die Chronik einer Selbsttäuschung. Die Bergung der Brennelemente in den Blöcken 1 und 2, von denen kurzfristig das größte Risiko ausgeht, wurde auf frühestens 2027 verschoben: Die Arbeiten an den Abklingbecken sind aktuell zu gefährlich, da ihre Tragestruktur durch das Erdbeben geschwächt wurde. Bevor es weitergehen kann, müssen die Gebäude zunächst stabilisiert werden. Der Start für die Bergung des Coriums, der hochradioaktiven Schmelzmasse, wird mittlerweile auf Mitte der 2030er-Jahre datiert. Auch das gilt eher als vage Hoffnung denn als ernstzunehmendes Versprechen. Mehr als tausend Tanks mit kontaminiertem Wasser bedecken weite Teile des Geländes, und die Zwischenlager für verseuchte Erde wachsen zu einer zweiten, grauen Landschaft rund um das Atomkraftwerk heran.

Mikroskopischer Anfang einer Mammutaufgabe

Dreizehn Jahre nach der Katastrophe, 2024, gelang erstmals die Probeentnahme aus einem Reaktorkern: Ein 20 Meter langer Teleskop-Roboterarm barg ein 0,7 Gramm schweres, extrem hochradioaktives Fragment, das aus einer diffusen Mischung aus geschmolzenen Brenn- und Kontrollstäben sowie Teilen der Reaktorbehälter besteht. Insgesamt müssen schätzungsweise bis zu 880 Tonnen dieses Materials geborgen und sicher entsorgt werden – eine Aufgabe, die vermutlich noch Generationen beschäftigt.

Zeuge im Krisenzentrum

Wenn Tatsujiro Suzuki vom 11. März 2011 spricht, spürt man, wie nah ihm dieser Tag noch ist. Als das Beben Tokio erschüttert, sitzt der damalige Vizepräsident der japanischen Atomenergiekommission in einem Konferenzsaal in Roppongi, gerade hat ein Symposium begonnen. Aus Regierungskreisen kommt schnell Entwarnung: Die Atomreaktoren im schwer getroffenen Fukushima seien «sicher abgeschaltet».

Erst am Abend erfährt er aus dem Fernsehen, wie dramatisch die Lage am AKW Fukushima Daiichi wirklich ist: Der Tsunami habe bereits am Nachmittag einen vollständigen Stromausfall ausgelöst, meldet der Nachrichtensprecher. Eine Krisensituation, die Japans Atomindustrie zwar in der Theorie kannte, in Übungen jedoch nie bis zum Ende durchgespielt hatte.

»JAHRELANG HAT MAN UNS ERZÄHLT, EIN UNFALL WIE DIESER SEI PRAKTISCH AUSGESCHLOSSEN.«

DR. TATSUJIRO SUZUKI, PRÄSIDENT DER NGO «PEACE DEPOT»

Seit dem Blackout sind mehr als vier Stunden vergangen. Beim Atomunfall im US-amerikanischen AKW Three Mile Island hatte die Kernschmelze bereits nach zweieinhalb Stunden eingesetzt. Suzuki versucht sofort, Kontakt mit den Verantwortlichen in der Regierung aufzunehmen. Doch im Krisenzentrum tappen die Entscheider im Dunklen. Anfangs treffen aus Fukushima Daiichi nur Faxe mit handschriftlich notierten Zahlenkolonnen ein – mal ohne, mal mit Einheiten. Erst nach zwei Tagen stellt die Betreiberfirma Tepco den staatlichen Krisenmanagern ihre Telefonkonferenzschaltung mit der Kraftwerksleitung zur Verfügung.

Tatsujiro Suzuki hat sich nie als Teil eines «Betriebssystems der Atomindustrie» verstanden, sondern stets als Wissenschaftler, der zu jeder Zeit seine eigenen Schlüsse zieht. «Jahrelang hat man uns erzählt, ein Unfall wie dieser sei praktisch ausgeschlossen», sagt er. «Wenn etwas als ausgeschlossen gilt, wird es nicht geübt. Genau das ist passiert.» Suzuki spricht von einer «Resilienz», die auf vielen Ebenen gefehlt habe. Hinzu kamen Unvermögen und Kurzsichtigkeit: Das Kraftwerkspersonal konnte nicht mit dem Notkühlsystem umgehen und machte Bedienungsfehler. Die Anschlüsse der mobilen Stromgeneratoren der Feuerwehr passten nicht zu den vorhandenen Steckern. Und in den offiziellen Notfallplänen galten schwere Unfälle eher als akademische Übung denn als reale Gefahr.

Durch den Reaktorunfall hat sich Suzukis Blick auf die Atomkraft grundlegend gewandelt: «Vor Fukushima habe ich Sicherheit ausschließlich als ingenieurwissenschaftliche Risikobewertung verstanden.» Angesichts der sozialen,

wirtschaftlichen und ethischen Folgen des Unfalls sei ihm jedoch klar geworden, dass diese Sichtweise zu kurz greift: «Die Risiken der Atomkraft sorgen für extreme gesellschaftliche Verwundbarkeiten – in diesem Ausmaß kennt man sie von keiner anderen Energiequelle.»

Ein Ort für die Erinnerung

In Minami-Sōma, nur wenige Kilometer nördlich der gespenstischen Reaktorsilhouette, hat der Fotograf Jun Nakasuji aus Tokio in einer ehemaligen Lagerhalle ein Museum geschaffen: «Oretachi no Denshōkan» – «unser Ort der Erinnerungen». Seit seinem ersten Besuch in der Sperrzone, knapp ein Jahr nach der Katastrophe, dokumentiert Nakasuji das Leben im Stadtteil Odaka. Seit 2012 dürfen auch die früheren Einwohner:innen tagsüber wieder in die Geisterstadt zurückkehren, 2016 wurde der Evakuierungsbefehl aufgehoben. Nakasuji porträtiert den langsamen Verfall des einst malerischen Örtchens. Inzwischen ist er nach Odaka gezogen und verbringt den Großteil seiner Zeit hier.

Ein Bild vom ersten Besuch ein Jahr nach dem Super-GAU kann Jun Nakasuji einfach nicht vergessen: ein alter Mann, der mit einem Plastikeimer in der Hand vor seinem zerstörten Haus steht. Der Eimer ist gefüllt mit Alltagsmüll. «Mitten in all den verstrahlten Tsunami-Trümmern klammerte sich der Mann an seine gewohnte Routine, als wollte er die Katastrophe leugnen», erzählt der Fotograf. «Dieses Bild ist ein Symbol für die tiefe menschliche Wunde, die der Atomunfall hinterlassen hat.»

Die alte Heimat für immer verloren

Seit fast zehn Jahren ist Odaka wieder bewohnbar. Doch die Jungen bleiben fern, zurück kehren vor allem Ältere – oft nur, um die Gräber zu pflegen. Sie stellen heute etwa die Hälfte der rund 3.800 Einwohner:innen. Vor der Katastrophe lebten hier über 14.000 Menschen. Die Regierungen pumpen seit Jahren Milliarden in Subventionsprogramme, locken Familien mit Zuzugshilfen und Neubauprämien, um Gemeinden vor dem Aussterben zu bewahren. Meist vergeblich: Viele Evakuierte haben längst anderswo Wurzeln geschlagen.

»WER MEIN MUSEUM BESUCHT, FRAGT SICH UNWEIGERLICH: WAS IST IN FUKUSHIMA WIRKLICH PASSIERT?«

JUN NAKASUJI, FOTOGRAF UND GRÜNDER DES MUSEUMS «ORETACHI NO DENSHOKAN» IN MINAMI-SOMA

Hightech-Versprechen wie Drohnenfabriken, Wasserstoffanlagen oder KI-Rechenzentren sollen neue Hoffnung wecken. Für Nakasuji wirkt das wie eine Wiederholung alter Muster: «Früher versprach die Atom-industrie Wohlstand, doch das Resultat ist ein Super-GAU mit endlosen Rückbauplänen und einer Strahlung, die nie ganz verschwinden wird.» Jetzt tanze die Region wieder im selben Takt neuer Versprechungen – ohne dass die Narben von 2011 wirklich verheilen, fürchtet Nakasuji. Sein Museum will dem Vergessen entgegentreten und das Interesse bei uninformatierten Jugendlichen wecken. Sie würden die Katastrophe nur aus Schulbüchern kennen, wo der Atomunfall bloß eine kleine Fußnote sei. «Wer mein Museum besucht, fragt sich unweigerlich: Was ist in Fukushima wirklich passiert?»

Für Jun Nakasuji ist «Oretachi no Denshōkan» das Ergebnis einer jahrelangen Auseinandersetzung mit atomaren Katastrophen – zunächst in Langzeit-Fotoprojekten zu Tschernobyl, später zu Fukushima. Die Leere und Stille der verstrahlten Landschaften, die er seit 2007 in der Ukraine dokumentiert, machten ihm klar: Fotografie allein reicht nicht als Mahnmal. Es braucht Orte, an denen Betroffene ihre Erfahrungen selbst artikulieren können.

Der Besuch im staatlichen Museum in Futaba, das an das schwerwiegende Erdbeben und die resultierende Atomkatastrophe erinnern soll, nahm er bloß als Wiederaufbaupropaganda wahr. Er vermisste dort den Willen einer ehrlichen Aufarbeitung. Daraus entstand die Idee eines von unten getragenen Gegenmodells. «Oretachi no Denshōkan» ist deshalb kein offizielles Archiv, sondern ein Forum für Kunst und gegenseitigen Austausch, in dem die Bruchlinien nach Fukushima – zwischen Weggezo-genen und Zurückgekehrten, Entschädigten und Vergessenen – verhandelbar werden.

Staatliche Kampagne gegen die Bedenken

In Fukushima misst man nicht nur mit Geigerzählern, sondern auch mit Blicken – Zweifel werden nicht öffentlich geäußert, zirkulieren aber als Gerüchte. Die Regierungskampagne «fuhyō higai» – «Schaden durch Gerüchte» oder «Reputationsschaden» – sollte Fischer und Bauern ursprünglich vor Boykotten schützen, deren Waren geprüft, aber gemieden werden. Längst dient der Begriff als Keule: Wer Bedenken über die Strahlung äußert, gilt schnell als Imageschädiger:in.

Die damalige Regierung um Premierminister Shigeru Ishiba war offenbar zu jeder PR-Aktion bereit, um das ramponierte Image der Atomenergie aufzupolieren: So ließ Ishiba im Juli 2025 säckeweise schwach kontaminierte Erde aus Fukushima zu seinem Amtssitz in Tokio liefern, um sie in den Blumenbeeten vor dem Regierungsbüro zu verwenden. Mit dieser vermeintlichen Demonstration der «Ungefährlichkeit» sollte das Misstrauen gegenüber den rund 14 Millionen Kubikmetern gelagerter Erde sinken – und die anhaltenden Boykotte endlich gebrochen werden.

Gegen das große Schweigen

«Die Regierung orchestriert flächendeckende Propagandakampagnen in allen Medienkanälen, lässt Musiker:innen, Schauspieler:innen und Comedians für eine Botschaft trommeln, die Fukushima als sicher und ungefährlich darstellt», empört sich Jun Nakasuji. Er ist überzeugt, dass die Regierung bewusst versucht, den Atomunfall aus dem kollektiven Gedächtnis zu verdrängen. An diesem Kurs wird wohl auch die neue Regierung um Premierministerin Sanae Takaichi wenig ändern. Strahlenängste seien in Odaka – wie überall in der ehemaligen Sperrzone – ein Tabuthema. «Die Menschen bleiben mit ihren Sorgen allein. Depressionen und posttraumatische Belastungsstörungen sind in Fukushima heute Volkskrankheiten», sagt Nakasuji und berichtet von überfüllten Wartezimmern der wenigen Psycholog:innen vor Ort.

Mit seinem kleinen Museum in Minami-Sōma stemmt sich Jun Nakasuji gegen das große Schweigen, das die staatliche Erinnerungspolitik nach Fukushima produziert. «Oretachi no Denshōkan» ist ein offener Resonanzraum: Fotografien, Comics, Gemälde und

Installationen hängen nebeneinander, es gibt Lesungen, Filmabende und Gesprächsrunden mit Evakuierten und Rückkehrer:innen, Workshops mit Kindern und Jubiläumsfeste, zu denen halb Odaka im Museum zusammenkommt. Daraus ist eine Community aus Künstler:innen, Aktivist:innen und ehemaligen Anwohner:innen erwachsen, die gemeinsam eigene Narrative entwickelt – weg von der heroischen Wiederaufbauhetorik, hin zu den Grautönen von Verlust, Wut und mühsamem Neuanfang.

Rückbau

Über jeder Diskussion steht bis heute eine Frage: Wäre das Ausmaß dieser Katastrophe vermeidbar gewesen? Atomexperte Tatsujiro Suzuki antwortet vorsichtig, aber eindeutig: Dass der Tsunami das Kraftwerk überfluten würde, habe niemand verhindern können, sagt er. Aber der vollständige Ausfall der Stromversorgung, die unter Wasser stehenden Dieselgeneratoren, die fehlenden Anschlussmöglichkeiten für externe Stromquellen: All das sei keine Naturgewalt gewesen, sondern eine Folge von Katastrophenszenarien, die man sich schöngeredet habe.

Mit einer robusteren Notstromversorgung, geübten Notfallprozeduren und realistischeren Annahmen hätte sich vielleicht nicht alles, aber manches begrenzen lassen. Vielleicht wären Kernschmelzen in einzelnen Reaktorblöcken zu verhindern gewesen. Sicher sei das nicht – aber gerade deshalb, so Suzuki, müsse die Gesellschaft darüber diskutieren, welchen Preis sie für eine Technologie zu zahlen bereit ist, deren Versagen derartige Dimensionen annehmen kann.

Offiziell gilt Fukushima Daiichi heute als «stabilisiert». Die Temperaturen im Inneren sind niedrig und große Freisetzungen von Radioaktivität liegen Jahre zurück. Durch die Aufräumarbeiten hat sich eine Routine entwickelt, die auf den ersten Blick beruhigend wirkt. Kräne schwenken, Lastwagen passieren Schleusen, Roboter werden getestet, verworfen, verbessert.

»WER HEUTE ERWACHSEN IST, WIRD REALISTISCH GESEHEN DAS ENDE DIESES RÜCKBAUS NICHT ERLEBEN.«

DR. TATSUJIRO SUZUKI, PRÄSIDENT DER NGO «PEACE DEPOT»

Doch Stabilität ist nicht gleichbedeutend mit Sicherheit. Solange das Corium, das unter Beton und Stahl liegt und auf Kühlung, Roboter und Filtersysteme angewiesen ist, nicht geborgen wurde, bleibt Fukushima ein Ort, an dem ein Fehler schnell zur Katastrophe werden kann. Suzuki spricht aufgrund der vielen Unwägbarkeiten offen von einem Projekt, das mehrere Generationen beschäftigen wird. «Niemand, der die Lage ernsthaft kennt, glaubt an einen Rückbau in 40 Jahren», sagt er. «Wer heute erwachsen ist, wird realistisch gesehen das Ende dieses Rückbaus nicht erleben.»

Ein weiteres Problem bestehe im Umgang mit dem kontaminierten Wasser. «So extrem verseuchtes Wasser gab es noch nie auf diesem Planeten. Noch dazu in solchen Mengen.» Zwar funktioniere die Reinigungsanlage bisher, doch niemand könnte garantieren, dass dies über Jahrzehnte so bleibt. Sollte das System versagen, drohe verseuchtes Wasser ins Meer zu gelangen. Der abschließenden Einleitung des gefilterten Wassers ins Meer steht Suzuki grundsätzlich kritisch gegenüber: «Jede

Option birgt Vor- und Nachteile, die Einleitung ins Meer hat jedoch internationale Auswirkungen. Ich halte sie deshalb für ethisch nicht vertretbar.»

Eine unabhängige Institution schaffen

Der promovierte Atomtechniker hat eine konkrete Vorstellung davon, wie es besser gehen könnte. Schon kurz nach dem Unfall plädiert Suzuki dafür, die Aufgabe aus der Hand des Betreibers zu lösen und eine eigenständige Institution zu schaffen – eine Art staatlich finanzierte Stilllegungs-Agentur –, die sich auf die beste internationale Expertise stützt und deren Arbeit nicht in den Bilanzen eines einzelnen Energieunternehmens verschwindet. Dazu, sagt er, gehöre ein unabhängiges Gremium, das Pläne prüft, Zeitachsen hinterfragt und im Zweifel auch öffentlich ausspricht, wenn etwas unrealistisch ist. Nicht, um zu blockieren, sondern um Vertrauen zu schaffen. Ein Projekt mit einem derart langen Zeithorizont brauche Strukturen, die politische Wechsel, wirtschaftliche Krisen und gesellschaftliche Ermüdung überstehen.

Ein neuer Tepco-Reaktor

Die Kräne von Fukushima Daiichi ragen hoch in den bleigrauen Himmel. Über viele Kilometer hinweg sind sie das markanteste Wahrzeichen – ein unübersehbares Mahnmal eines scheinbar sisyphusartigen Kampfes gegen einen unsichtbaren Gegner. Die Kulisse wird wohl noch viele Jahrzehnte bleiben, ebenso wie die unbewohnbare Sperrzone. Für Tatsujiro Suzuki spricht all das gegen die Atomenergie: «Ich persönlich bin für eine Verringerung der Abhängigkeit von der Atomkraft.» Deshalb solle die Politik darauf hinarbeiten, ihre Nutzung Schritt für Schritt zurückzufahren.

Doch Japan setzt weiterhin auf Atomkraft. Bereits vier Jahre nach dem Super-GAU ging der erste japanische Atomreaktor wieder ans Netz. Heute sind 15 Reaktoren aktiv, die rund 8,5 Prozent des Strombedarfs decken – vor 2011 waren es 54 Reaktoren mit gut 30 Prozent. Im November 2025 erteilte die Regierung erstmals seit der Katastrophe grünes Licht für den Neustart eines Tepco-Reaktors. Wenige Wochen später, am 21. Januar 2026, wird Block 6 im AKW Kashiwazaki-Kariwa in der Präfektur Niigata wieder hochgefahren. Damit kehrt der für Fukushima verantwortliche Betreiber nach fast 15 Jahren in den Atomstrommarkt zurück. Tecpos Comeback gerät allerdings zur Blamage, denn bereits einen Tag später muss der Betrieb nach einem Alarm wieder ausgesetzt werden. Die Politik verbindet trotzdem neue Hoffnungen mit der Atomenergie. Dabei hat die gesellschaftliche Debatte, ob und was aus den Fehlern gelernt wurde, kaum wirklich begonnen.

Eine Kultur des Hinsehens schaffen

Umfragen zufolge sind etwa 60 Prozent der Bevölkerung von Niigata der Meinung, dass Tepco die notwendigen Bedingungen für den Reaktorstart nicht erfüllt hat – ein Befund, den die Regierung ignoriert. Kritische Künstler:innen wie Jun Nakasuji, die die menschliche Seite der Katastrophe zeigen, finden in den Mainstreammedien keinen Platz. Betroffene können ihren Schmerz über den Heimatverlust, die wirtschaftliche Existenzvernichtung und gesundheitliche Sorgen öffentlich meist nur in den sozialen Medien äußern; in «Oretachi no Denshōkan» bekommen sie wenigstens temporär einen Ort, an dem Wut, Trauer und Zweifel ausgesprochen werden dürfen.

»ES GEHT DARUM, WIE WIR MIT EINER KATASTROPHE UMGEHEN, DIE NICHT BLOSS EIN UNFALL WAR, SONDERN EIN GESELLSCHAFTLICHES VERSAGEN.«

DR. TATSUJIRO SUZUKI, PRÄSIDENT DER NGO «PEACE DEPOT»

Tatsujiro Suzuki ist einer der wenigen Kritiker:innen, die sich auch in Japans politischem Machtzentrum etwas Gehör verschaffen können – sicherlich auch aufgrund seiner Karriere in der Atomenergiekommission.

«Es geht nicht nur um Technik oder Sicherheit», sagt Suzuki. «Es geht darum, wie wir mit einer Katastrophe umgehen, die kein bloßer Unfall, sondern ein gesellschaftliches Versagen war.» Er kämpft dafür, dass aus dem Super-GAU mehr wird als nur ein mahnendes Beispiel, und wirbt für ein «Fukushima-Rückbau-Gesetz», das klare Regelungen schafft, eine unabhängige Kontrollinstanz etabliert und die Menschen der Region systematisch in Entscheidungen einbindet. Während Suzuki institutionell einen neuen Rahmen für den Umgang mit Atomenergie entwickelt, zeigt Nakasuji im Kleinen, wie sich diese Haltung in den Alltag übersetzen lässt: als Kultur des Hinsehens, in der Erfahrungen nicht unter den Teppich gekehrt, sondern miteinander geteilt werden.

«Wenn wir infolge dieses Unglücks ein System formen, das Fehler benennt, Verantwortung teilt und Betroffene ernst nimmt», sagt Suzuki, «dann wird Fukushima nicht nur ein Ort der Zerstörung sein, sondern auch des Neubeginns.» Das kann ein Anfang dafür sein, wie ein hoch entwickeltes Land verantwortungsvoll mit seiner Verletzlichkeit umgeht – und wie Erinnerung nicht in einem staatlichen Museum endet, sondern in Räumen wie Nakasujis «Oretachi no Denshōkan» weiterlebt, damit die Wunden der Betroffenen heilen können.

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.